

Eine kleine Hausaufgabe

von A. Rhizom

Ein nicht an Ereignissen armes Semester liegt hinter uns: Nachdem in Österreich in vielen Städten die Hörsäle aus Protest gegen die Zustände im Bildungssystem besetzt wurden, schwappte die Welle der Studierendenproteste auch in die BRD über und führte zur Besetzung von zeitweise über 70 Hörsälen. Es folgten Demonstrationen, Forderungskataloge und Aktionstage um auf die Defizite und Probleme im Bildungssystem aufmerksam zu machen. Auch in Stuttgart regte sich Protest, der Hörsaal M17.01 wurde besetzt und mit der Großdemonstration am 21.11. der Unmut der SchülerInnen, StudentInnen und der Auszubildenden, anknüpfend an die riesigen Proteste im Sommersemester 2009, auf die Straße getragen.

Protest, Aufruhr, Revolte? Schön wäre es gewesen, doch die Antwort der Kultusministerkonferenz am 16.12. hat schließlich die Zahnlosigkeit dieses Protestes offen gelegt. An dieser Stelle muss rückhaltlos selbstkritisch konstatiert werden, dass keine einzige, von unserer Seite eingeforderte Reform in unserem Sinne angestoßen wurde. Die KMK wechselte ob der Protestbewegung mit dem Vorschlag der Ausdünnung der Bachelorstudiengänge nicht nur den Kurs, sondern behält ihn umso verbissener bei: Reduktion der Bildung auf ein Funktionselement der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland

inklusive verschärfter Elitenbildung durch zulassungsbeschränkte Masterstudiengänge und Exzellenzinitiativen. Die zumindest im Subtext der Forderungen enthaltene emanzipatorische Perspektive einer freien Bildung für alle wurde in eine bessere Studierbarkeit der Bachelor-/Masterstudiengänge übersetzt, das Problem als erkannt und damit behoben dargestellt. Die Diskurs- und Entscheidungshoheit der zuständigen Staatsapparate konnte schlicht nicht durchbrochen werden; der Protest war in seiner Form und seinem Inhalt nach handhabbar und damit reiht er sich zu diesem Zeitpunkt in die Erfahrungen der letzten Dekaden ein. Immer wieder flackerten studentische Proteste auf, erzielten aber nicht die erhoffte Wirkung. Überhaupt stellt sich bei der Durchsicht der vergangenen Bewegungen ein flausches Gefühl in der Magengegend ein. Irgendwie war alles schon mal da. Kostprobe aus dem Jahr 1989 gefällig?

„Über unsere Streik G.m.b.H existiert ein Witz, der ist älter als sie selbst: *‘Ich möchte’ mal wieder nach Norderney. Wieder? ‘Naja, ich hab’ schon mal gemöcht.’* Wir möchten immer nur. Vor zwei Jahren haben wir gemöcht, jetzt möchten wir etwas leidenschaftlicher wieder, und in zwei Jahren werden wir immer noch möchten. Unsere Streik G.m.b.H. ist eine Organisation von Möchtegerns.“

Ja, wir haben auch friedlich, bunt, laut, kreativ und symbolisch gemöcht, genauso wie all die anderen vor uns und sind die ausgetrampelten Pfade des studentischen Protestes entlang gewandelt. Berechenbar, handhabbar und mit der Reflexionskraft eines

beschlagenen Spiegels ausgestattet.

Die bedingungslose Affirmation der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Akzeptanz der Institutionen und Strukturen der gesellschaftlichen Konfliktvermittlung, die überbordende Gesprächsbereitschaft sobald etwas nach politischer VerantwortungsträgerIn roch, haben den Protest schlussendlich einmal wieder in den Sumpf der repressiven Toleranz geführt.

Die Hausaufgabe für die vorlesungsfreie Zeit wäre demnach sich einmal Gedanken zu machen, wie wir gemeinsam effektive Formen des Protestes entwickeln können, um vom handhabbaren Objekt des politischen Konfliktmanagements zum politisch gestaltenden Subjekt zu werden.

Ohne eine grundlegende Kritik der Gesellschaft und der Funktionsweise der Bildung in ihr wird dies nicht zu haben sein. Und diese Kritik ist angesichts der Entwicklungen, auch der globalen, mehr nötig denn je.

Aus dem **Inhalt:**

Proteste in Stuttgart - Reloaded S.2

Stuttgarter Universität für Frieden, Liebe und Freiheit S.4

Ingenieure x Philosophen = Bildung S.6

Landtagswahlen und Protest S.7

Proteste in Stuttgart - Reloaded

von Björn Schembera

Die Proteste von letztem Jahr an der Stuttgarter Uni sind nicht einzigartig – in der näheren Vergangenheit flammten in den letzten fünf Jahren die Proteste immer wieder auf. Im Folgenden ein kleiner Abriss darüber.

Zukunftsoffensive

Schon 2003 plante der damalige Rektor Prof. Dieter Fritsch im Zuge der sog. "Zukunftsoffensive" die Streichung einiger Studiengänge sowie die Reduzierung des Lehramts. Die Wahl fiel auf die Studiengänge Geographie und Geologie, wobei zunächst auch Soziologie ernsthaft im Gespräch war. Bedenkt man jedoch, dass die Geowissenschaften in Stuttgart als die leistungsfähigsten in Baden-Württemberg evaluiert wurden [1], mutet es seltsam an, dass die Wahl auf sie fiel - denkt man jedoch unternehmerisch, gab es hier das größte Sparpotential bei geringem Widerstand: bis 2010 bedeutet die Streichung der Geowissenschaften rechnerisch eine Einsparung von 38,5 Stellen [2]. Die beiden Lehrstuhlinhaber waren zu dem Zeitpunkt schon alt und konnten leicht "gegangen werden", indem man ihren Lehrstuhl einfach nicht neu besetzen muss.

Rektor a.D. Fritsch inkorporierte bereits damals den Wettbewerbsgedanken und formulierte prägnant, dass "wir diesen gesunden Ast abschneiden müssen, damit wir andere Äste verstärken können", was dem Wettbewerb um den Status der Eliteuni diene [2].

Durch symbolische Aktionen sollte der Sache Einhalt geboten werden, doch das Institut für Geographie und Geologie wurde letzten Endes geschlossen. Seit 2004 kann man in Stuttgart weder Geographie noch Geologie studieren – die letzten AbsolventInnen des Fachs dürften gerade mit dem Studium fertig werden.

Dies sollte zeigen, dass es Strukturreformen wie den Masterplan vor noch gar nicht so langer Zeit schon einmal gab, und dass der Wille zu Strukturreformen zur Maximierung der Wettbewerbsfähigkeit die gegenwärtige Hochschulpolitik durchzieht. Fritsch kündigte damals bereits an, es werde "an Fakultäten herangehen", was dann erst sein Nachfolger Wolfram Ressel umsetzen möchte, der sich glücklicherweise eher wie ein Elefant im Porzellanladen verhält; allerdings darf man sich von dem Teilerfolg im Sommer nicht täuschen lassen. Die Universität wird als Unternehmen geführt, wozu auch das Entledigen unwirtschaftlicher Zweige gehört, was früher oder später auch hier in Stuttgart geschehen wird, sollten wir Studierenden nicht die entsprechenden Gegenmaßnahmen entwickeln.

Gegen Studiengebühren

Studiengebühren - das war das vorherrschende Thema und der Aufhänger der Proteste in Stuttgart zwischen 2004 und 2007.

2004 wurden die Studiengebühren in Baden-Württemberg akut. Die unionsgeführten Länder reichten vor dem Verfassungsgericht Klage gegen das Hochschulrahmengesetz des Bundes ein, weil sie darin einen unzulässigen Eingriff in die Länderkompetenz sahen. Der neu gegründete AK Bildung erkannte dies frühzeitig als Gefahr für ein freies Studium und rief daher bereits im Juni 2004 zu einer Demonstration in Stuttgart auf, zu der auch mehrere tausend Studierende kamen.

Jedoch formierte sich erst auf das Urteil zugunsten der Studiengebühren vom 26.1.2005 hin der breite Widerstand und der AK Bildung wurde aktiv, denn Argumente gegen Studiengebühren ließen sich leicht anführen (und erleben heutzutage ihre Bestätigung): die Verschärfung der sozialen Selektion an den Universitäten, die Finanzierung von Selbstverständlichem durch Studiengebühren, die drohende Verschuldung bei Aufnahme eines Kredites, das Abwälzen der Kosten für die Verbesserung der Lehre (oder überhaupt der Kosten für die Erhaltung der Lehre?) auf die Studierenden.

So sollte im Mai 2005 BaWü-weit eine Streik- und Protestwoche organisiert werden. Neben Stuttgart war leider nur die Freiburger Uni sehr aktiv. In der Streikwoche beteiligten sich viele Studierende aktiv am Vorlesungsboykott und nahmen an den zahlreichen Aktionen teil, wie ein symbolisches Scheibenputzen der CDU-Zentrale oder einer Menschenkette über den Schlossplatz. Für den Streik wurden die Türen in der Stadtmitte größtenteils, in Vaihingen wenigstens punktuell dicht gemacht. Wer unbedingt rein wollte, musste die versperrten Türen sowie die Diskussion mit den Streikposten passieren, was nicht immer gelang. Oft ließen sich KommilitonInnen noch im Gespräch von der Sache überzeugen. Die Streikwoche gipfelte in einer Großdemonstration. Nach dieser Streikwoche strebte man an, dass



Studierende der Geowissenschaften protestieren während einer Pressekonferenz in Sichtweite des Rektors

der Protest weitergeht – die Idee der UniWG war geboren. In der Nacht nach der Demo zogen einige Studierende symbolisch im Foyer des K2 ein und machten es sich mit Sofas und Stühlen gemütlich. In der folgenden Zeit wurde die UniWG als Plattform für den Protest genutzt, aber auch einfach für geselliges Beisammensein, Diskussion und Filmabende. Nach diesem Sommersemester 2005 konnte sich der Protest, gestützt u.a. auf die UniWG, halten und - im Gegensatz zu vielen anderen studentischen Protestbewegungen - sogar über die Semesterferienpause ins Wintersemester hinübergetragen werden, wo sich die Protestaktivitäten verstärkten. Zwar konnte kein Streik mehr durchgeführt werden, allerdings gab es am 30.11.2005 sowie am 15.12.2005 landesweite Großdemonstrationen, die jeweils auf die Termine der Lesungen des Studiengebührengesetzes gelegt waren (Die erste Lesung wurde kurzfristig sogar auf den 1.12. verschoben, weil angeblich der Boden im Landtag gereinigt werden musste). Die Demonstration am 30.11. war mit ca 10000 Teilnehmern äußerst gut besucht.

Die Studiengebühren wurden dennoch am 15.12.2005 vom Landtag durch die CDU/FDP-Mehrheit beschlossen und sollten zum Sommersemester 2007 Wirklichkeit werden. So schnell und heftig wie der Protest gekommen war, verflüchtigte er sich 2006 auch wieder. Zu den Landtagswahlen im März 2006 wurden noch wenige Aktionen durchgeführt, außerdem unterstützten einige Aktive die Proteste im Sommersemester 2006 in Hessen.

Jedoch raufte man sich Ende 2006 noch einmal für den Kampf gegen Studiengebühren zusammen, weil landesweit ein Studiengebührenboykott organisiert werden sollte, welcher auch an den meisten größeren Unis im Land durchgeführt wurde. Statt die Studiengebühren wie vorgesehen auf das Uni-Konto zu zahlen, wurde auf ein vom AK Bildung eingerichtetes Treuhandkonto überwiesen. Es wurde eine Quorum bestimmt, was einer kritischen Masse entsprach, ab der eine Verhandlung mit der Uni und schließlich mit dem Land realistisch schien – welches Land könnte es sich leisten, auf einmal sehr viele seiner Studierenden durch Exmatrikulation zu

verlieren? [3]

Bis zu einem gewissen Stichtag hatten jedoch zu wenige Studierende auf das Treuhandkonto eingezahlt und der Boykott wurde abgebrochen und wir Studierende zahlten im Sommersemester 2007 das erste Mal 500€ Studiengebühren.

Die Moral von der Geschicht?

Trotz der massiven Proteste von Seiten der Studierenden gelang es nicht, den nötigen politischen Druck nachhaltig aufzubauen. Nüchtern betrachtet erreichte man keines der gesteckten Ziele.

Eine ausführliche Analyse würde den Rahmen sprengen - einige Dinge möchte ich jedoch ansprechen.

Die Proteste waren immer reaktiv bzgl. einer akuten und konkreten Gefährdungslage. Die Politik (bei Studiengebühren) oder die Unileitung (bei der Zukunftsoffensive) agierte, wir reagierten. Die Bedingungen wurden vorgegeben, und so wurde immer die Zurücknahme der angedachten Pläne gefordert. Dies ist durchaus legitim und wichtig zu fordern, doch hat es oft einen beschränkenden Charakter, wenn es nur um die eine konkrete Sache geht. Beispielsweise wollte man 2005 nur Studiengebühren thematisieren – so wurden wichtige, stark mit Studiengebühren zusammenhängende Felder wie studentische Mitbestimmung oder Ba/Ma-Umstellung schlichtweg ignoriert.

Des weiteren war das Selbstverständnis des AK Bildung immer apolitisch, um

es sich “prinzipiell mit niemandem zu verscherzen”. Allerdings wurde in dieser Zeit niemals geklärt, was “politisch” eigentlich heisst. Man muss sich ernsthaft überlegen, ob nicht die Forderung “Gegen Studiengebühren”, wie oft als “Minimalkonsens” deklariert, schon genuin politisch ist und auch mit politischen Mitteln durchgefochten werden muss. Dass Politik nicht unbedingt etwas mit Parteipolitik zu tun haben muss, sollte einleuchten.

Andererseits die Bündnispolitik. Eben aus dem apolitischen Selbstverständnis heraus schloß man es aus, gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren für gemeinsame Ziele zu kämpfen. Nur der gemeinsame Kampf vieler gesellschaftlicher Gruppen zusammen gegen eine Bedrohungslage kann erfolgreich sein – andernfalls können die Forderungen einer einzelnen Gruppe kleingeredet werden oder sogar gegeneinander ausgespielt werden.

Kick it like Frankreich!

Das Projekt Bildungsstreik 2009 kehrte die Strategie der Verteidigung um und ging in die Offensive. Ohne konkreten Vorstoß der Regierung ergriff man selbst die Initiative, und das Medienecho war, auch im Gegensatz zu den Studiengebührenprotesten 2005, enorm, vor allem wegen des bundesweiten Koordination. In allen größeren Städten wurde am 17. Juni demonstriert, insgesamt waren über 270000 Menschen in der ganzen BRD auf der Straße.

Von vorne herein war der Bildungsstreik



Demonstration gegen Studiengebühren im Mai 2005

Quelle:quox

als Bildungs- und nicht als Hochschulstreik angelegt und bekam eine neue Qualität. Neben Studierenden und SchülerInnen waren von vorne herein auch ArbeitnehmerInnen des Erziehungswesen mit im Boot, da sich die Bildungsmisere auf vielfältigen Ebene bemerkbar macht. Abwägungsversuche seitens der Politik wurden als taktische Manöver entlarvt, so das Bezeichnen des Bildungsstreiks als "gestrig" oder das Instrumentalisieren des Bildungsstreiks für die eigene Sache (à la Schavan: "die Studierenden haben ja völlig recht, wenn sie die korrekte Umsetzung des Ba/Ma-System forderten" sic!).

Im Herbst 2009 wurde der Bildungsstreik durch kollektive Regelübertretung auf eine neue Ebene gehoben. Spontan und ohne wirklich Planung (im Gegensatz zu den Geschehnissen im Sommer) schwappte die Besetzungswelle von Österreich in die BRD über: Tag für Tag wurden neue Universitäten besetzt, zu Hochzeiten waren in der BRD 74 und weltweit sogar 107 Bildungseinrichtungen besetzt [4]. Die Zeit im Hörsaal wurde zu Selbstbildung, Vorbereitung neuer Aktionen und als Freiraum genutzt. Auch im Herbst gab es am 17.11. erneut eine bundesweite Demonstration mit über 100.000 Teilnehmern sowie in Stuttgart eine landesweite Demonstration am 21.11. mit ca 6000 Teilnehmern und einer äußerst brutal agierenden Polizei [5].

Nun gilt es, nicht stehen zu bleiben oder sich von winzigen Teilerfolgen bremsen zu lassen, sondern den Protest weiter zu entwickeln – in Theorie und Praxis. Eine gründliche Analyse der Universität und der Bildungseinrichtungen in unserer Gesellschaft sowie unserer Gesellschaft selbst muss geleistet werden, um die nächsten Schritte in der Praxis zu fundieren. Mein erster Vorschlag wäre es, die Bildungsmisere als Sozialabbau verstehen zu lernen und die Umstrukturierungen an den Universitäten als Ausdruck einer neoliberalen Ideologie zu erkennen, um einen anderen Angriffspunkt zu erhalten.

In der Praxis schließlich könnte – wie so oft - ein Blick Richtung Frankreich helfen. Dort musste beispielsweise der Contrat Première Embauche (CPE), der sog. Ersteinstellungsvertrag, welcher eine Kündigung von ArbeitnehmerInnen unter 26 ohne Begründung oder Vorwarnung möglich machen sollte, auf Grund der massenhaften Proteste, bei denen sich wöchentlich ca 1 Million Menschen (eben nicht nur Betroffene) versammelten, wieder zurückgenommen werden [6].

[1] Im Rechenschaftsbereich der Uni von 2003 findet sich folgendes: "Der Fakultät 4 / Geographie (evaluiert durch die Evaluationsagentur Baden-Württemberg – evalag –) wird eine

sehr gute arbeitsmarktorientierte Ausbildung bei zu hoher Lehrbelastung sowie eine gute Forschung auf internationalem Niveau attestiert." (Quelle: http://www.uni-stuttgart.de/ueberblick/bilder_zahlen/statistik/rb/rb03/index.html#_Toc54683671 , Zugriff 12.2.2010), außerdem auch http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/forschung/Geowissenschaften12d_U_I_a.pdf , Zugriff 12.2.2010

[2] Stuttgarter Zeitung, 31.1.2004: Unirat beschließt Aus der Geowissenschaften

[3] Angetrieben war die Sache auch vom "Tübinger Ersatzgeldboykott": In den 1970er Jahren sollten naturwissenschaftliche Studiengänge kosten, es sollte ein "Ersatzgeld" wegen der teilweise teuren Apparaturen entrichtet werden. Durch einen Boykott wurde konnte das Ersatzgeld abgewehrt werden.

[4] Stand 14.12.2009, siehe <http://bit.ly/7T0eOa> , Zugriff 12.2.2010

[5] <http://www.faveve.uni-stuttgart.de/ak-bildung//wp/?tag=2111> , Zugriff 12.2.2010

[6] http://de.wikipedia.org/wiki/Contrat_premi%C3%A8re_embauche , Zugriff 12.2.2010

Stuttgarter Universität für Frieden, Liebe und Freiheit

von Nils Langer

Verhältnis zur Rüstung

Ein Staat, der sich auf friedliche Völkerverständigung beruft wie die Bundesrepublik, muss sich fragen, inwiefern er dieses selbstauferlegte Gebot auch einhält. Stellt er eine Armee, erlaubt er Rüstungsindustrie und den Rüstungsexport und wenn ja, aufgrund welcher Grundsätze? Diese Frage muss immer wieder neu gestellt werden, weil sich die Antworten gesellschaftlich ständig wandeln. Zur

Zeit wird beispielsweise Anklage in den USA gegen Daimler und Rhein-Metall erhoben, da sie dem Apartheid-Regime Südafrikas vor über zwanzig Jahren Waffensysteme geliefert haben sollen, die offensichtlich der Unterdrückung der schwarzen Aufstände dienten. Ebenso ist in der Masse die Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr in Ablehnung umgeschlagen (März 2002: 62% Befürwortung, Dez. 2009: 27%). Und auch sonst ist Deutschland nicht sehr zurückhaltend mit seinen Rüstungsexporten, die für Nicht-NATO-Staaten vom Wirtschaftsministerium kontrolliert werden. Lieferungen von

atomfähigen U-Booten nach Israel (2005) oder Kampfpanzern für Singapur (2007); seit 2003 ist Deutschland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Hauptsächlich gehen die Verkäufe in die NATO-Staaten wie die USA, Großbritannien, Griechenland und die Türkei, 10% (379,1 Mio. EUR) gehen in Entwicklungsländer. Auch Länder in Krisen werden beliefert wie die Beispiele Afghanistan, Pakistan und Indien zeigen. Mit den letztgenannten Ländern beliefert Deutschland sogar zwei im Konflikt stehende Staaten. Am öffentlichen Bewusstsein scheint das vorbei zu gehen.

Zivilklausel auch an Unis?

Welche Rolle also übernehmen Hochschulen in diesem Prozess, welche können sie übernehmen? Hochschulen können als Vorbild einer friedlichen Gesellschaft dienen, auch wenn die Welt selten friedlich ist; was in gewissem Maße auch daran liegt, dass genug Waffen zum Töten vorhanden sind: auf allen Seiten!

Die Hochschulzivilklausel will diesen Schritt der gesellschaftlichen Verantwortung aufzeigen und die fortschreitende Technologisierung von Kriegsmaterial und deren Finanzierung im öffentlichen Bereich beenden.

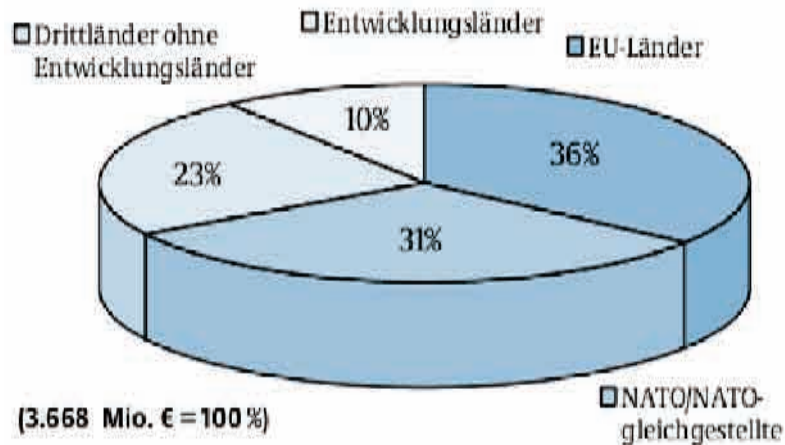
Das entzöge der Rüstungsindustrie zumindest die Akzeptanz an den Hochschulen und wirkte so hoffentlich dauerhaft in die Gesellschaft hinein.

In Karlsruhe gab es daher kaum eine andere Frage, die so intensiv im Rahmen der KIT-Gründung geführt wurde wie die der Zivilklausel. Das KIT, das Karlsruher Institut für Technologie, wurde aus dem Forschungszentrum Karlsruhe und der dortigen Universität gebildet. Seit Oktober letzten Jahres ist der Zusammenschluss, der durch die Exzellenzinitiative gefördert wurde, vollendet, eine gemeinsame Satzung gibt es aber noch nicht. Personalrat sowie Studierende setzen sich für eine Zivilklausel für das gesamte KIT ein, bisher galt sie nur für das Forschungszentrum Karlsruhe; nach dem Willen der Regierung soll es auch dabei bleiben. Grund für die gewollte Übernahme ist, dass nun unter einem Dach Rüstungsforschung und Kernenergieforschung betrieben werden dürfen; ersteres an der Uni, zweiteres im Großforschungsbereich.

Letztes Jahr sprachen sich die Studierenden in einer Urabstimmung mit 63% für eine Zivilklausel aus, die Wahlbeteiligung lag bei 19,4%, überdurchschnittlich für Uniwahlen.

Am 17.12.2009 hat der Senat der Uni Tübingen auf Initiative der Besetzung folgende Passage in die Präambel der Grundordnung, also der Satzung, aufgenommen: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“ Satzungsänderungen müssen in Baden-Württemberg noch

Verteilung des Werts der Einzelgenehmigungen auf Ländergruppen 2007



vom Ministerium für Wissenschaft genehmigt werden, dies steht noch aus. Jedoch ist es bemerkenswert, dass sich der Senat dafür ausgesprochen hat; schließlich wird hier die Lehre mit einbezogen und gleichzeitig eine Art „Ökoklausel“ formuliert.

Auch für Stuttgart wäre dies eine gute Möglichkeit! Der einzige stärker betroffene Bereich wäre wohl die Luft- und Raumfahrttechnik, Fakultät 6. Die Umsetzung der Klausel würde hier wahrscheinlich wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen (Zahlen liegen uns momentan leider nicht vor), doch sollten sich öffentliche Lehre und Forschung auch immer mit gesellschaftlichen Zielen decken. Es stellt sich also die Frage, ob die Gelder der Rüstungsindustrie und damit die indirekte Förderung von Waffenherstellung und -export wichtiger sind als das Streben nach Völkerverständigung und Frieden; so abgedroschen das auch klingen mag.

Wir könnten an der Uni Stuttgart damit ein Zeichen setzen, dass auch in sensiblen Bereichen der Lehre und Forschung auf militärische Zusammenarbeit verzichtet werden kann und aufhören, unseren Teil zu bewaffneten Konflikten in der Welt zu leisten.

Nils Langer, Luft- und Raumfahrttechnik, 9. Semester
Juso-Hochschulgruppe Uni Stuttgart

Quellen:

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Rüstungsexport 2007

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/ruestungsexportbericht-2007,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

Pressestelle KIT
(Telefonat)

Telepolis Online (Heise Verlag): „Späte Anklage“, 08.02.2010
<http://www.heise.de/tp/blogs/8/147035>

Fachschaftsrat Uni Tübingen
<http://www.fsrvv.de/2009/12/die-forschung-an-der-universitaet-tuebingen-soll-friedlichen-zwecken-dienen-tuebingen-hat-jetzt-eine-zivilklausel/>

UstA Uni Karlsruhe; Wahlausschuss
http://www.usta.de/Wahl/Ergebnisse-2009/wahlbeteiligung.html?cache_dummy=1233082279

Hamburger Abendblatt Online:
01.07.2009
<http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article1078653/61-Prozent-der-Deutschen-Raus-aus-Afghanistan.html>

Infratest Dimap, Dezember 2009:
http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt0912_bericht.pdf

Alle in dieser Veröffentlichung abgedruckten Artikel spiegeln die Meinungen der einzelnen AutorInnen wider und müssen nicht mit der Position des AK Bildung übereinstimmen.

Ingenieure x Philosophen = Bildung!

von Stefan Saviano

Einleitung

Theodor Litt hat in seiner Schrift „Naturwissenschaft und Menschenbildung“ (1952) die bisher mißlungene Integration der Naturwissenschaften in den Bildungsbegriff diagnostiziert.

Erkennbar sei dies an den unvereinbaren Wertschätzungen, einerseits einer Technik- und Wissenschaftsgläubigkeit, andererseits einer totalen Ablehnung der wissenschaftlich-technischen Zivilisation. Verursacht sieht Litt den Streit in einem Mißverständnis menschlicher Erkenntnis und versucht zu zeigen, das die Erkenntnisformen (mathematische und philosophische Logik) gegenseitig aufeinander bezogen sind, aber sich auch in einem nicht (endgültig und eindeutig) auflösbaren Spannungsverhältnis befinden.

In Litts Text finden sich Vorschläge, die sogar für die aktuellen Hochschulproteste relevant sind und es läßt sich eine Antwort auf die Frage ableiten, wie sich Forderungen, einerseits nach Effizienz, Arbeitsmarktorientierung usw. und andererseits nach kritischer Reflexion, gesellschaftlicher Verantwortung usw. vereinbaren lassen und was für institutionelle Reformen dafür sinnvoll sein könnten.

Zwei Positionen

Mit dem Aufkommen der neuzeitlichen Wissenschaft und der zunehmenden Technisierung und Industrialisierung der Welt ist zeitgleich auch die Kritik an dieser sich immer rasanter entwickelnden „Geistesmacht“ auf gekommen. Aber anstatt einer problemorientierten Auseinandersetzung, haben sich zwei feindlich gesinnte Lager herausgebildet, die je für sich in einer eignen Welt lebten leben. Diese zwei Welten sind:

a) die „rechnende“ Naturwissenschaft, die sich auszeichnet durch:

- methodisches Vorgehen,
- allgemeingültige Aussagen,

- exakte Quantifizierbarkeit,
- Mathematisierbarkeit,
- Distanz zum Objekt.

b) die „schauende“ Geisteswissenschaft, die offen ist für:

- subjektiv-individuelle Wahrnehmungen,
- existentielle Bedeutungen,
- Sinnlichkeit,
- Stimmungen, Atmosphären, Wesenheiten,
- Ganzheit, Einheit mit der Welt.

Beide beanspruchen für sich einen privilegierten Zugang zur angeblich einzig bedeutsamen Wahrheit zu besitzen. Reduktionistischer Physikalismus vs. Existenzmystizismus. Jedoch, mit dem „Siegeszug der Technik“ hat die „rechnende Naturwissenschaft“ ihren Rechtsanspruch auf (alleinige) Wahrheit für erwiesen angesehen und immer mehr Bereiche in ihr Kompetenzgebiet gerechnet. Disziplinen wie Psychologie, Soziologie, Theologie, Philosophie, usw. sollten demnach durch eine Orientierung an der Naturwissenschaft zu neuen Einsichten befähigt werden und wurden „usurpiert“.

Als „Vergewaltigung der Natur“ aus bloßem „Nützlichkeitswahn“, krankhaftem „Beherrscherwillen“, als den Menschen vom ursprünglich „reinen“ Sein, dem „wahren Wesen“ der Natur entfremdend, haben dagegen vor allem Existenzphilosophen die Naturwissenschaft bezichtigt. Die allgemeinen Gesetze der Wissenschaft hätten für die individuelle Existenz keine Bedeutung.

Goethe bspw. hatte Newton für die Vernachlässigung der sittlichen Wirkung der Farben durch die Reduktion des Lichts auf ein Wellenspektrum kritisiert.

Die Lösung

Litt versucht zu zeigen, dass beide Sichtweisen zum menschlichen Denken gehören und innerhalb ihres Bereichs Berechtigung und Funktion haben und zum Ganzen der Erkenntnis erst zusammen werden:

Naturwissenschaftliches und tech-

nisches Denken sorgen für die „materielle“ Grundlage unserer Zivilisation. Durch sie ist das menschliche Leben angenehm bereichert. Die unleugbaren negativen Auswirkungen liegen nicht in der wissenschaftlichen Form des Wissens begründet, sondern darin, dass durch die erweiterten Handlungsspielräume eben auch Risiken und Gefahren entstehen.

Der Umgang mit diesen Risiken und Gefahren, etwa die Entscheidung, ein wie großes Risiko einzugehen Bereitschaft vorhanden sein soll, läßt sich nicht aus wissenschaftlich-technischem Wissen ableiten (Auch wenn das ständig gemacht wird!).

Innerhalb der Spielräume zu treffende Entscheidungen (für diese oder jene Technik/Forschungsrichtung) unterliegen keinerlei innerer Notwendigkeit oder Sachzwängen sondern dem frei bestimmenden Willen. Hier kommt eine Aussage Goethes und mit ihr die Geisteswissenschaft zu ihrem Recht: Einer mathematischen Formel sind keine Normen zu entnehmen.

Was gilt uns als (wissens-)wert- und sinnvoll, gerecht, gut & schön? Das sind Fragen der Ethik, Ästhetik, der politischen Ideologie(-kritik) und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften.

Litt gesteht zwar Verdinglichung als Tendenz der Wissenschaft zu. Dagegen kann man getrost eine Tendenz zur Vermenschlichung seitens der Philosophie annehmen. Die Spannung zwischen beiden, - wie hoffentlich klar werden konnte -, notwendigen aber auch widersprüchlichen Sichtweisen auszuhalten, ja herzustellen, sollte Ziel der Bildung sein. Und somit sollte unmöglich sein, dass die Naturwissenschaften sich hinter einer Ideologie der Ideologiefreiheit und einer, Bildung überhaupt nicht bedürftigen, Wissenschaftlichkeit verstecken können. Aber die Bildung sollte ihre Form weltfremd-abgehobenen, fundamental-oppositionellen Erkenntnis- und Kulturkritik hinter sich lassen lernen.

Konsequenzen

Die Wissenschaften müssen sich ihrer Beschränktheit bewußt werden und anfangen zu philosophieren! Die großen Vertreter eines Fachs sollen Vorbild sein und anfangen mit den philosophischen Fragen auseinander zu setzen. So Litt.

Das entspricht auch in etwa dem Vorschlag von Jürgen Habermas', der sich (1968) in Fragen der Demokratisierung der Hochschule und der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft dafür aussprach, anstatt die Philosophie als Super-Einheits-Königsdisziplin zu re-imaginieren oder ein Studium Generale als Kleckerles-Horizontenerweiterung zu betreiben, disziplin-interne Reflexionsinstanzen einzurichten, die sich mit den fachlichen und gesellschaftlichen Grundlagen und Abhängigkeiten befassen. Weil die Differenzierung der Wissenschaften schon so weit fortgeschritten ist, dass nur die Wissenschaftler selber die kritische Reflexion leisten können.

Und auf Seiten der Geistes- und

Gesellschaftswissenschaften eben Wissenschaftler, die sich mit Fragen der Naturwissenschaft und Technik befassen.

Also Ethik-Kommissionen in alle Fachbereiche? Ethik- Vertiefungsrichtungen für alle? Die Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikthaftigkeit oder politische Dimensionen der eigenen Fachthematiken darlegen zu können als zu erwerbende Kompetenz in die Modulbeschreibungen und Prüfungsordnungen? Ein, nicht allgemein-politisches, wohl aber ein fachspezifisch politisches Mandat, die Pflicht zu gesellschaftlichen Fragen die öffentlichen Debatten mit Wissen zu versorgen, für die Universität? Ja, unbedingt!

P.S.: Bildungproteststrategie

Es gibt aber nicht nur eine Bildungskrise. Auch eine Finanzkrise, eine (drohende) Klimakrise, eine Hungerkrise, eine Krise des Sozialstaats, eine Krise der Demokratie, usw. usf.

Denn gespart und ökonomisiert wird

nicht nur im Bildungsbereich. Auch die Spaltung in eine kleine Elite und ein breite Masse und der systematische Ausschluss bestimmter sozialer oder ethnischer Gruppen sind ebenfalls nicht nur an der Uni ein Problem sondern betrifft in Form der immer größeren Ungleichheit der Einkommen die ganze (Welt-)Gesellschaft.

Wieso sollte die Universität da eine Ausnahme machen? Hat man wirklich eine Chance, was zu verändern, wenn man die Probleme nicht grundlegend angeht?

Nein, die Universität ist Teil der Gesellschaft und somit kann man nur diese als Ganzes kritisieren.

Deswegen halte ich ein verstärktes Aufgreifen allgemein politischer Fragen im Rahmen der Bildungsproteste nicht nur für legitim, sondern dringend erforderlich. Bei gleichzeitiger Fokussierung auf einen innerwissenschaftlichen Revolutionsbedarf (s.o.).

Landtagswahlen und Protest

von Raimund Kaiser

Viele von uns haben aus den unterschiedlichsten Gründen im letzten Jahr am bundesweiten Bildungsstreik teilgenommen. Von der Forderung nach dem Erhalt der Uni Stuttgart als Volluniversität über mehr Mitbestimmungsrechte für uns Studierenden bis zur Abschaffung von Studiengebühren. Zwar schimpfte manch ein profilierungswütender Rechtspolitiker, doch nach erstem Abwarten reichte der breite Tenor der Politik vor allem von Verständnis von unseren Forderungen bis zu deren ausdrücklichen Befürwortung. Bemerkenswert war, wie schnell aber die Verantwortung zur Erfüllung unserer Forderungen dann vom Bundesministerium für Bildung aufs Land geschoben wurde, das dann umso schneller seine Handlungsunfähigkeit bekundete und die Forderungen an die HochschulrektorInnen (gibt's in BaWü überhaupt Rektorinnen) verwies. Es war dann eigentlich schon zu erwarten, dass diese dann wiederum

nach Berlin und Stuttgart zeigten. Wer welche Kompetenzen in Sachen Hochschulpolitik hat, ist mit Sicherheit komplex, dass aber dann diejenigen die von den SteuerzahlerInnen für Kenntnisse in genau diesem Bereich bezahlt werden statt Lösungen anzubieten nur die Verantwortung weiter schieben¹, ist nicht entschuldbar. Letztendlich sind uns kleine Erfolge geblieben: Ministerin Schavan, die das vor Jahrzehnte unter Willy Brandt eingeführte Bafög noch vor Monaten abschaffen wollte², hat es auf einmal erhöht. Hier in Stuttgart konnten wir erreichen, dass die Anzahl der studentischen Mitglieder im Senat von 3 auf 7 erhöht wird³. Aber angesichts der Tatsache, dass auf Bundesebene in Zukunft massiv diejenigen unterstützt werde, die schon sehr wohlhabende Eltern haben⁴ und im höchsten – nach Ansicht mancher JuristInnen auch rechtlich fragwürdigem - Gremium der Universität Stuttgart, dem Unirat, wir Studierende nur von einer Vertreterin repräsentiert werden, stellt sich

doch die berechtigte Frage: Ist das nicht einfach nur Augenwischerei? Ich unterstelle nur ungern, dass das Entgegenkommen in Fragen, die nur wenig wehtaten und das Weiterreichen der Verantwortlichkeit nur darauf ausgelegt waren, die Proteste zu beschwichtigen und die wahren großen Probleme in unserem Bildungssystem zu verdecken. Gerade das Land Baden-Württemberg spielt dabei aber keine besonders rühmliche Rolle. So fährt es doch erst seit kurzem die 2,5 Millionen teure Kampagne "Bildung: sehr gut". Statt das Geld sinnvoll zu investieren, benotet sich die schwarz-gelbe Regierung lieber selber. Ganz verwunderlich ist es aber nicht. Schließlich stehen im nächsten Jahr Landtagswahlen an. Wahlen für die politische Ebene, bei der die Bildungs- und natürlich die Hochschulpolitik mit das größte und bedeutende Kompetenzgebiet sind⁵. Das bietet uns eine riesige Chance. Als eine Gruppe von ungefähr 250.000 Studierenden in Baden-Württemberg, kann es sich keine Partei leisten uns

zu ignorieren. Unsere Bedürfnisse müssen wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit - zu viel hängt von einem guten Bildungssystem für alle Bürgerinnen und Bürger ab. Doch diesmal muss klar sein: Die Chance zur Verbesserung liegt im Landtag hier in Stuttgart. Und wir können diejenigen wählen, die zu bestimmen haben. Die PolitikerInnen jedes Couleurs werden um unsere Gunst kämpfen müssen - und wir können sie daran messen, wie sich hochschulpolitisch positionieren und wie sie in der Vergangenheit abgestimmt und ge-handelt haben.

Dass sich diese demokratische Modellvorstellung erfüllt und schlussendlich uns allen eine bessere Bildungspolitik bringt erfordert vor allem zwei Voraussetzungen: 1) Das Interesse der Öffentlichkeit muss mit auf dem Thema "Bildung" liegen. Dafür stehen traditionell die Chancen bei Landtagswahlen sehr gut, weil es schlicht sonst nur noch sehr wenige große landespolitische Themen gibt. Diese gute Grundlage gilt es zu nutzen: Durch kreative und konstruktive Aktionen müssen wir auf unsere Probleme und den damit verbundenen Handlungsbedarf hinweisen. Das kann schon damit anfangen, dass wir die Probleme, die es an den Universitäten gibt, in unserem Freundes-, Bekannten- und Familienkreis thematisieren. Und das kann dann natürlich in einer neuen Bildungsbewegung und einem neuen heißen Sommer oder Herbst weitergehen.

2) Wir können unseren bisherigen und zukünftigen VolksvertreterInnen die Diskussion nicht aufzwingen, wenn sie diese nicht führen wollen oder können. Eine wichtige Grundvoraussetzung ist schon erfüllt: Die bisherig im Parlament vertretenen Parteien haben schon in den 2 Themen "gebührenfreies Studium"&"verfasste Studierendenschaft" alle individuelle Positionen⁶. Die Profilierungschance ist für sie also da, die Motivation dazu müssen wir ihnen liefern.

Sie müssen die öffentliche Relevanz der Hochschulpolitik erkennen (das

erreichen wir am besten mit Punkt 1) und sie müssen über die Lage vor Ort informiert sein. Das heißt sie müssen auch von den Missständen erfahren, die vielleicht nicht auf Seite 1 der FAZ gelandet sind. Die Studentenproteste hatten aber nicht nur die Funktion, die Öffentlichkeit für die vielen Probleme zu sensibilisieren: Im geschaffenen Freiraum sind zahlreiche Lösungs- und Verbesserungsmöglichkeiten entstanden. Diese müssen unbedingt an die potenziellen EntscheidungsträgerInnen weitergegeben werden.

Die viele konstruktive Arbeit von uns darf nicht daran scheitern, dass diejenigen, an die so viel Macht delegiert wird, schlicht gar nicht oder nur gefiltert davon erfahren. Deswegen müssen wir sowohl die Zusammenarbeit, als auch die direkte Auseinandersetzung mit den PolitikerInnen suchen.

Die Chance dafür ist dank dem nahenden Landtagswahlkampf so gut nie⁷. Lasst sie uns nutzen!

Der Autor, Raimund Kaiser, ist aktiv in der Juso-Hochschulgruppe Stuttgart und freut sich über Anregungen und Kritik via <http://hsg.jusos-stuttgart.de>.

¹ Es gibt viele kompetente Personen in den Ministerien und Behörden, deren gute Vorschläge und Ideen

leider zu selten durchdringen. Diese möchte ich explizit von meinen Vorwürfen ausnehmen.

² FAZ: „Union will Bafög abschaffen“ : [//tinyurl.com/yhe2peg](http://tinyurl.com/yhe2peg)

³ Dies ist formal noch nicht durchgeführt, wurde uns aber versprochen.

⁴ U.a. durch Einführung von von einem unsozialen „Zukunftskonto“ (http://www.gew.de/GEW_Kostenlose_Bildungsangebotestatt_Zukunftskonto.html) und die Erhöhung des Büchergeldes (<http://www.zeit.de/2009/40/C-Begabtenfoerderung>)

⁵ siehe u.a. <http://de.wikipedia.org/wiki/Föderalismusreform>

⁶ SPD für Studiengebührenfreiheit und Verfasste Studierendenschaft, CDU dagegen. Grüne zwar für VS, aber leider auch für Studiengebühren im Master. FDP nicht prinzipiell gegen VS, aber starker Befürworter der Studiengebühren. (Quelle: aktuelle Positionspapiere der Landesparteien)

⁷ Wir als Juso Hochschulgruppe erfahren beispielsweise erfreulich viel Interesse an unseren mit denen des Bildungsstreiks fast komplett übereinstimmenden Positionen und den akuten Problemen der Studierenden von Seiten der SPD-Landtagsfraktion und konnten einiges zur Parteiposition machen.



Wir sind alle fähig zur Demokratie. Die Herausforderung besteht darin, sie politisch zu organisieren.



Ein Arbeitskreis der FaVeVe

Kontakt zur Redaktion, Leserbrief, Lob, Kritik, Tadel : streikzeitung2009@gmail.com

V.i.S.d.P.: AK Bildung, c/o ZFB, Universität Stuttgart, Keplerstr.17, 70174 Stuttgart